



Verlagspreis: Einzelheft 10 Pf., 3 Hefte 28 Pf., 6 Hefte 52 Pf., 12 Hefte 98 Pf., 24 Hefte 188 Pf., 48 Hefte 368 Pf., 96 Hefte 728 Pf.

Donnerstag, den 23. Februar 1922.

Verlagspreis: In der Stadt mit Zustellung 24 Pf., 3 Hefte 70 Pf., 6 Hefte 135 Pf., 12 Hefte 255 Pf., 24 Hefte 505 Pf., 48 Hefte 1005 Pf., 96 Hefte 2005 Pf.

Neueste Nachrichten.

Auf die Anfrage der Deutschnationalen über den Zeitpunkt der Wahl des Reichspräsidenten erklärte der Reichskanzler, daß die auch von ihm als dringende bezeichnete Wahl erst nach Regelung der oberstelektischen Frage erfolgen könne.

Die Frage der Abhaltung der Konferenz von Genua ist noch nicht geklärt. Am Sonntag soll eine Begegnung zwischen Lloyd George und Poincaré stattfinden, bei der wahrscheinlich über die Vorbedingungen Frankreichs für seine Teilnahme verhandelt werden wird.

Am Genua. Eine Zusammenkunft zwischen Lloyd George u. Poincaré.

Paris, 22. Febr. Havas berichtet, daß Lloyd George und Poincaré in ein oder zwei Tagen in Frankreich zusammentreffen würde, allerdings nicht in Paris. Die Unterredung der beiden Staatsmänner werde nur einige Stunden dauern und streng privaten Charakter tragen.

London, 22. Febr. Der politische Berichterstatter des "Daily Chronicle" erklärt, daß Lloyd George die Absicht habe, sich am Sonntag nach Paris zu begeben, um mit Poincaré die verschiedenen Fragen zu beraten, die die Beziehungen zwischen Frankreich und England betreffen.

London, 22. Febr. Dem "Daily Telegraph" zufolge verläutet, daß infolge der Unterredung des britischen Botschafters in Paris mit Poincaré am Montag und der gestrigen Unterredung zwischen Curzon und dem hiesigen französischen Botschafter die Spannung zwischen Paris und London merkbar nachgelassen habe.

Ein neuer Zeitpunkt für die Genueser Konferenz noch nicht festgelegt.

London, 22. Febr. Chamberlain teilte im Unterhause mit, er könne die Namen der britischen Delegierten für die Konferenz von Genua noch nicht nennen.

London, 22. Febr. Der römische Berichterstatter der "Times" erfährt von amtlicher Stelle, daß als wahrscheinlicher Zeitpunkt für den Beginn der Konferenz von Genua der 23. März angegeben wird.

Poincaré über das Reparationsproblem.

Paris, 22. Febr. Nach dem "Petit Parisien" hat Poincaré in der gestrigen Sitzung des Ausschusses der Kammer noch eine Reihe wichtiger Erklärungen abgegeben. Er sagte, er werde auf der Genueser Konferenz die Frage der Flüchtlingsfrage der deutschen Schuld und auch die Frage der Festigung der Wechselkurse zur Sprache bringen.

Die Ursachen der italienischen Kabinettskrisis.

Varese, 22. Febr. Nach dem "Popolo d'Italia" besteht auf außenpolitischem Gebiet ein offener Konflikt zwischen Giolitti und Ritti. Während der erstere sich an die französische Orientierung hält, nähert sich Ritti der sogenannten europäischen Politik Lloyd Georges und hegt offene Sympathie für Deutschland und Rußland.

Rom, 23. Febr. Nachdem de Nicola und Orlando es abgelehnt haben, das Kabinett zu bilden, hat der König gestern nachmittag u. a. Giolitti empfangen.

Russischer Kommentar zu den französischen Vorbedingungen.

Moskau, 22. Febr. Die "Krawda" wendet sich in scharfen Ausführungen gegen die französische Presse, die die Beschlüsse von Cannes über die von Rußland zu fordernden Garantien in einer für Rußland völlig unannehmbaren Weise auslegt.

Die Reparationskommission schlägt Sachleistungen für alle Alliierten vor.

Berlin, 23. Febr. Der sog. "Parlamentsdienst" teilt mit, die in Berlin weilende Delegation der Reparationskommission habe der Reichsregierung einen Vorschlag überreicht, die in Cannes vereinbarten Sachlieferungen im Betrage von 1450 Millionen Goldmark nicht nur an Frankreich, sondern an alle alliierten Staaten abzuliefern.

Französische Spionage über das Faschnachtstreiben.

Paris, 22. Febr. Wie der Pariser Vertreter eines deutschen Nachrichtenbüros aus Kammerkreisen erfährt, will die französische Regierung bei der Konferenz von Genua das Faschnachtstreiben in Deutschland in die Debatte ziehen.

Zur auswärtigen Lage.

Der Stand der deutsch-polnischen Verhandlungen.

Genf, 22. Febr. Die Arbeiten des weitaus größeren Teils der Unterausschüsse sind beendet. Auch die Arbeiten der anderen Ausschüsse sind soweit gediehen, daß nunmehr ein Ueberblick über den Stand der deutsch-polnischen Verhandlungen möglich ist.

der Minderheitsfrage. Die Arbeiten im 12. Unterausschuß werien außerordentlich schwierige juristische Fragen auf. Der gegenwärtige Stand der Verhandlungen beweist von neuem, daß es leichter ist, eine wirtschaftliche und kulturelle Einheit zu zerlegen, als sie nachher wieder zusammenzuleimen.

Die Volschafterkonferenz zu dem Zwischenfall in Petersburg.

Paris, 23. Febr. Die Volschafterkonferenz hat gestern vormittag unter dem Vorsitz von Jules Cambon die ersten Berichte der oberstelektischen Regierungskommission über den Zwischenfall in Petersburg zur Kenntnis genommen und beschlossen, in Dypeln die Mitteilung des gerichtlichen Tatbestands in extenso zu verlangen.

Die Tätigkeit des englischen Nachrichtenamts.

London, 21. Febr. Im Unterhaus wurde gestern von der Regierungseite auf eine Anfrage erklärt, die Aufgabe des Nachrichtenamts des auswärtigen Amtes sei, mit der Presse der auswärtigen Länder Fühlung zu halten und Berichtigungen von Mißverständnissen (!), die bezüglich der britischen Politik im auslande verbreitet werden, vorzunehmen.

Berschränkung

des griechisch-französischen Zwischenfalls.

Paris, 23. Febr. Nach einer Mitteilung des "Temps" hat die griechische Regierung die beklagte Kohlenladung des französischen Dampfers "Espoir", die für die Türkei bestimmt war, nicht freigegeben, sondern nur das Schiff selbst.

Die Forderungen der Türken an die Entente.

London, 22. Febr. Der Konstantinopeler Berichterstatter der "Morning Post" erfährt aus authentischer Quelle, daß die acht Hauptforderungen der Regierung von Angora, deren Mission auf dem Wege nach Paris und Rom ist, folgende sind: Konstantinopel erhält seine Vorkriegsstellung wieder und wird von fremder Okkupation befreit; die nichtmohammedanischen Minderheiten erhalten nur solche Rechte, die mit dem nationalen Bestand vereinbar sind; keinerlei auswärtige Intervention bezüglich Armeniens, Anerkennung aller von der Angora-Regierung abgeschlossenen Verträge durch die Entente, vollständige Unabhängigkeit der Türkei in militärischer, finanzieller und politischer Hinsicht, Rückerstattung Smyrnas und alles von den Griechen besetzten Gebietes an die Türkei.

Deutscher Reichstag.

Die Frage der Neuwahl des Reichspräsidenten.

Berlin, 22. Febr. Die Sitzung beginnt kurz nach 2 Uhr. Das Gesetz über die Erhebung einer Abgabe für die Förderung des Wohnungsbau wird in 3. Lesung angenommen. Es folgt die 2. Beratung des Etats für 1922 beim Haushalt des Reichspräsidenten.

esentlichen Feten... in den letzten... über 50 Prz... die schlimmste... Riechhändler... nicht loiert ein... Frühjahr die... wenig Schlacht... sind die Folge... in der Eingabe... nur aus sozial... hr aus inner... vorgegangen... erthin das Ge... den Willen... bern und Wu... etene und zer... Klassen etwas... asse oder Riech... schub leiste. Es... ung der wirt... itischen Span... dem auheror... na in der vor... zweckdienlichen... schließlich auch... Reichsregierung... enzfragen auf... fähig, wenn die... en Regierung... der Sozial... äußern würde... recht ist, muß

Landkreis Calw... Kreisarchiv Calw... 5117

Abg. Kahle (D. B.): Meiner Partei liegt es fern, aus der Frage der Neuwahl eine politische zu machen. Wir wünschen aber, daß eine Bestimmung der Verfassung endlich erfüllt wird und möchten wissen, ob die Regierung überhaupt sich über diesen Punkt Gedanken gemacht hat. — Abg. Adolf Hoffmann (Komm. Arbeitsgemeinschaft) meint, die Rechte möge nicht so tun, als ob sie so nach einer Neuwahl dränge, Ebert sei ja doch nur Statthalter für den künftigen Monarchen. Seiner Ansicht nach sei der Präsident ein ganz überflüssiges Möbel. Bei einer politischen Null wie Ebert, der ja doch nur unterschreibe, was andere ihm unterbreiten, könne man allerdings kaum in eine politische Debatte eintreten. — Auf Antrag Schulz-Bromberg (D. N.) wird die Abstimmung über den Titel ausgesetzt, weil die Regierung es abgelehnt hat, die Frage der Neuwahl jetzt zu beantworten. — Beim Etat des Reichszanlers führt Reichszangler Dr. Wirth aus: Vielleicht ist es künftig besser, an erster Stelle den Titel Reichszangler zu beraten. Von einer Beurlaubung im Volkswegen der Neuwahl ist keine Rede. Vor völliger Erledigung der obersteinsten Frage könne nichts geschehen. Jetzt können wir mit den Parteiführern in Beprehungen eintreten und das hohe Haus wird Gelegenheit bekommen, zu der Frage Stellung zu nehmen, denn sie ist dringlich. — Darauf wird der Etat des Reichszanlers angenommen, ebenso der des Reichspräsidenten. — Nächste Morgen nachmittag 2 Uhr: Kultizetat — Schluß 4 Uhr.

Der Vermögenssteuerentwurf im Reichstagsauschuß.

Berlin, 22. Febr. Der Reichstagsauschuß für Steuerfragen, der heute den Entwurf eines Vermögenszuwachssteuergesetzes in 2. Lesung beriet, nahm zu § 14 einen Antrag Lange-Hegemann (3) an, wonach die Bestimmung erster Lesung zu streichen ist, die für jeden Verhandlungszeitraum hunderttausend Mark Vermögenszuwachssteuer steuerfrei läßt und den Betrag des steuerfreien Vermögenszuwachses für jede unterhaltungspflichtige Person erhöht, wenn eine Familie mehr als 2 unterhaltungspflichtige Personen zählt. Ferner beschloß der Steuerausschuß gemäß einem Antrage Lange-Hegemann folgende Staffelung der Steuer: Für die ersten angefangenen oder vollen 200 000 Mark des steuerpflichtigen Vermögenszuwachses 1 Proz., für die nächsten angefangenen oder vollen 200 000 M 2 Proz., für die nächsten angefangenen oder vollen 300 000 M 3 Prozent, für die nächsten angefangenen oder vollen 400 000 Mark 4 Prozent, für die nächsten angefangenen oder vollen 500 000 M 5 Prozent, für die nächsten angefangenen oder vollen 1 Million Mark 6 Prozent, für die nächsten angefangenen oder vollen 1 Million Mark 7 Prozent, für die nächsten angefangenen oder vollen 1 Million Mark 8 Prozent, für die nächsten angefangenen oder vollen 1 Million Mark 9 Prozent für die weiteren Beträge 10 Prozent. Die übrigen Bestimmungen wurden nach den Beschlüssen der ersten Lesung angenommen und damit das ganze Gesetz.

Deutschland.

Französischer Fälschungsversuch.

Berlin, 22. Febr. Wie die Blätter aus Breslau melden, hat der im Gleiwitzer Gebiet kommandierende französische General heute an die obersteinsten Zeitungen auf Grund des Befehlsgesetzes den Befehl erlassen, folgenden amtlichen Bericht auf der ersten Seite zu veröffentlichen: „Am 19. Februar entstand zwischen betrunkenen Zivilisten und französischen Soldaten, die ebenfalls in betrunkenem Zustand waren, eine Auseinandersetzung. Im Laufe des Streits wurde ein Polizist, der die Ordnung wieder herstellen wollte, von einem Soldaten durch einen Revolvererschuß tödlich verletzt. Der Schuldige ist sofort verhaftet worden und wird dem Kriegsgericht überliefert.“ — Im Gegensatz zu dieser amtlichen französischen Darstellung betonen die Berichte der Augenzeugen übereinstimmend, daß die betrunkenen französischen Soldaten ohne jeden Grund die harmlos ihres Weges gehenden Zivilisten bedrängt haben. Davon, daß die Zivilisten gleichfalls betrunken gewesen seien, weiß keiner der Augenzeugen etwas zu berichten.

Der in-würtliche Ausschuß des Reichstages gegen die un-riträndliche Diktatur der Franzosen in Oberitalien.

Berlin, 22. Febr. Der auswärtige Ausschuß des Reichstages erledigte heute zunächst Petitionen. Am Anluß an eine Antrage des Abgeordneten Dr. Henschel (3.) wurde von Rednern verschiedener Parteien die unerträglichen gesetzlichen Verhältnisse im oberitalienischen Besatzungsgebiet erörtert, namentlich unter Bezugnahme auf die jüngsten Vorkämpfe in Gleiwitz. Einmütig kam zum Ausdruck, daß die Regierung schärfsten Einspruch gegen die Gewalttaten erheben müsse. Die Interalliierte Kommission in Opein müsse darauf hingewiesen werden, daß es ihre Pflicht sei, die Bevölkerung Oberitaliens, die ihrem Schutze anvertraut sei, gegen die Fortsetzung solcher Gewalttaten zu schützen.

Auslieferung der Mörder des spanischen Ministerpräsidenten Dato.

Berlin, 23. Febr. Zu der Auslieferung der des Mordes an dem spanischen Ministerpräsidenten Dato beschuldigten Spanier melden die Blätter, daß die deutsche Regierung bei der Notifizierung der Auslieferung gegenüber der spanischen Botschaft den Wunsch ausgesprochen habe, ein eventuelles Todesurteil gegen die Ausgelieferten möge nicht vollstreckt werden. Der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ zufolge sind die ausgelieferten Spanier bereits am Montag, von deutschen Kriminalbeamten begleitet, in Saarbrücken angetroffen, von wo sie über Frankreich nach Spanien gebracht werden sollen. — Die Reichskontrollen der U.S.B. hat gegen die Auslieferung protestiert.

Die neue braunschweigische Regierung.

Braunschweig, 21. Febr. Am Schluß der heutigen Sitzung des Landtags wurde die Wahl der neuen Regierung vollzogen. Es wurden mittels Stimmzettel gewählt: die Minister Anrid (SPD.), Grotewohl (USPD.), Steinbrecher (SPD.) und Wesemeier (USPD.) mit je 28 Stimmen und August Junke (USPD.) mit 27 Stimmen. Die rechtsstehenden Parteien hatten 26 unbeschriebene Zettel abgegeben. Bis auf Wesemeier gehörten alle Minister der bisherigen Regierung an.

Die demokratische Reichstagsfraktion zum Eisenbahnerstreik.

Berlin, 23. Febr. Die demokratische Reichstagsfraktion hat sich aus Anlaß des Eisenbahnerstreiks eingehend mit den Beamtenfragen beschäftigt und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß ein Beamtenstreik mit der öffentlich-rechtlichen Stellung der Beamten nicht vereinbar sei. Die Anerkennung eines Rechts der Arbeitsniederlegung der Beamten hätten naturnotwendig zur Folge, daß auch der Staat nicht mehr an die besonderen Verpflichtungen gegenüber den Beamten gebunden wäre. Die Fraktion steht weiter einmütig auf dem Standpunkt, daß auch im demokratischen Staat am Berufsbeamtentum festzuhalten sei. Deshalb wisse sie darauf hin, wie sehr ein Streik die Einrichtung des Berufsbeamtentums gefährdet. Zur Frage der Maßregelung erklärt die Fraktion, sie wünsche nicht, daß jetzt eine Politik der Vergeltung gegenüber den am Streik beteiligten Beamten eintreten werde. Die Fraktion werde alles tun, um die Regierung zu veranlassen, genau nach den vom gesamten Reichstagnett aufgestellten Richtlinien zu verfahren. Weiter erwartet die Fraktion von der Regierung, daß sofort die Besoldungsreform, insbesondere die Erhöhung der Grundgehälter vorgenommen wird.

Die Arbeitgeberverbände gegen Organisationszwang.

Berlin, 22. Febr. Der Große Ausschuß der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hat am 22. Februar in Berlin getagt. In dieser Sitzung wurde folgende Entschliessung angenommen: Der Große Ausschuß der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hat von den Bestrebungen verschiedener Gewerkschaftsgruppen Kenntnis erhalten, die Vorteile der tariflichen Bestimmungen nur denjenigen Arbeitnehmern zukommen zu lassen, die in einem der drei hauptsächlichsten Gewerkschaftsverbände organisiert sind. Der Ausschuß tritt diesen Bestrebungen mit aller Entschiedenheit entgegen. Er lehnt es ab, bei Abschluß von Tarifverträgen von anderen als wirtschaftlichen Gesichtspunkten sich leiten zu lassen und das Mittel der tariflichen Vereinbarung zu einem Mittel des Organisationszwangs ausarten zu lassen. Er ist des ferneren der Meinung, daß ein solcher der verfassungsmäßig gewährleisteten Koalitionsfreiheit widersprechen und ein aus solchem Anlaß und mit solchem Ziel angefangener Streik der Gewerkschaften ein unverantwortliches Vorgehen an der deutschen Volkswirtschaft sein würde.

Der Fall Röhne.

Berlin, 22. Febr. Heute Vormittag fand in der Anwesenheit des Rittergutsbesizers v. Röhne eine Vernehmung am Tatort statt. Die Vernehmung wurde geführt vom Potsdamer Untersuchungsrichter, Staatsanwalt Halber. Zur Vernehmung waren erschienen: v. Röhne, sein Rutscher, der Schwager des niedergeschossenen Arbeiters Nietert und dessen Pflegejahn, Herr v. Röhne stellte sich ganz auf den Standpunkt der Notwehr. Nach Schluß des Vorkammertermins wird eine Vernehmung des verletzten Arbeiters Nietert im Krankenhaus erfolgen. — Die Sozialdemokraten, die Unabhängigen und die Kommunisten haben je eine Antrage im Landtag eingebracht. Sie bezeichnen darin das Treiben der Familie v. Röhne als gemeingefährlich und fragen, was die preußische Staatsregierung dagegen zu tun gedenke.

Bestrafter Diamantenschmuggel.

Berlin, 22. Febr. Der 19jährige Kaufmann Kasimir Rastorzujeff aus Moskau, der hier bei dem Versuch, einen Brillanten im heutigen Werte von etwa 1½ Millionen Mark unter der Hand zu verkaufen, verhaftet worden war hatte sich vor dem Wuchergeicht des Landgerichts unter der Anklage des Zollverwehens und der Einuhr von Brillanten ohne Erlaubnis zu verantworten. Das Urteil lautete entsprechend dem Antrag des Staatsanwalts auf 1 Woche Gefängnis, eine Geldstrafe von 1 189 600 M und Einziehung des Brillanten zugunsten des Reichs. — Wenn so alle Schieber und Schmuggler gefaßt würden, dann würde diese schwarze Industrie wohl bald verschwinden.

Aus Stadt und Land.

Konzert.

* Das Konzert, das am Dienstagabend Konzertfänger Fritz Haas-Eulagart veranstaltete, hatte leider nicht den Jubelbruch zu verzeichnen wie er in Betracht der hohen künstlerischen Darbietungen des Abends zu wünschen gewesen wäre. Die Hauptschuld an der nicht so starken Beteiligung, wie man sie sonst bei den Konzerten des Künstlers gewöhnt war, dürfte die Überlastung dieser Woche mit Veranstaltungen bieten, die nicht vorauszuweisen waren. Das Gesangsprogramm war ebenso abwechslungsreich wie von erstemhand Geschmack. Wirkungsvoll eingeleitet wurde die Veranstaltung durch die prächtigen Schwebertischen Gesänge „An die Leyer“, „Normanne Gesang“ und „Sehnsucht“, deren herrliche Lyrik und großangelegte Musik, aus beste herausholte. Auch die Brahms'schen Stüde, so das häßliche-stöne Stimmungsbild „Auf dem Friedhof“ und „Der Tod das ist die stille Nacht“, sowie die beiden reizenden Liebeslieder „Der Gang zum Ziechen“ und „Minnelied“ wurden meisterhaft wiedergegeben. Ganz besonders zeigte sich aber die feine Empfindung und die selbständige Gestaltungskraft des Künstlers in den beiden Vorträgen „Morgen“ und „Gäcicie“ von Richard Strauß, die in ihrer eindringlichen, expressivistischen Tonmalerei höchste künstlerische Anforderungen stellen. Auch die Rheinischen Valladen „Obins Meeresritt“ und namentlich „Archibald Douglas“ boten der Stimme und der Ausdrucksfähigkeit des Sängers natürlich Gelegenheit zu Glanzleistungen. Die Vorträge wurden in feinsinniger und aufreichte einführender Weise am Flügel durch den Organisten Hermann Keller-Stuttgart begleitet, der alle musikalischen Werte — trotz der unerquidlichen Verfassung des Instruments — meisterhaft zur Geltung zu bringen verstand. Vereichert wurde die Veranstaltung durch sein gewählte und ebenso gut gestaltete Rezitationen von Frau Haas. Die Künstler ernteten mit allen Darbietungen warmen, teilweise spontanen Beifall, der wohlverdient war.

Besoldung und Pension der Körperschaftsbeamten.

Der Entwurf zur Änderung des Besoldungsgesetzes für Körperschaftsbeamte bezweckt die Anpassung des bisherigen Besoldungsgesetzes an die Bestimmungen des würt. Besoldungsgesetzes. Die geänderten Grundgehälter galten auch für die Körperschaftsbeamten. Die neuen

amtlichen Ortsvorsteher, Verwaltungsaktiare und Rechner müssen an pensionsberechtigten Bezügen mindestens 6000 M (früher 2500 M) beziehen, andere Beamte und Unterbeamte der Körperschaften im Hauptberuf 3000 M (bisher 5000 M). Für die Witwen beträgt der Witwengehalt 40 v. H. des Ruhegehalts der Verstorbenen, mindestens aber 1500 M (bisher 500 M), wenn der Verstorbenen nicht voll beschäftigt war, im übrigen 3000 M (bisher 900 M) und höchstens 28 000 M (bisher 9000 M).

Zur Fleischsteuerung.

Zu der Eingabe, die der Verband würt. Konsumvereine und die Verbraucherammer für Württemberg und Hohenzollern an das Ernährungsministerium gerichtet hat, stellt der „Staatsanzeiger“ fest, daß zurzeit der Viehverkehr innerhalb ganz Deutschlands freigegeben ist. Bayern und Württemberg waren die einzigen Länder, die bis zum 1. August 1921 noch Ausfuhrbeschränkungen für Vieh aufrecht erhielten. Die Reichsregierung hatte diesen Ausnahmezustand jedoch nur insoweit genehmigt, als nicht eines dieser beiden Länder den Viehverkehr mit den anderen deutschen Gebietsteilen freigab. Da Bayern auf 1. August 1921 den Viehverkehr freigab, war auch Württemberg gezwungen, ein Gleiches anzuordnen.

Die Einführung der Wohnungsluzussteuer.

Nach § 6 des Reichsgesetzes vom 26. Juni 1921 über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaus sind die Gemeinden berechtigt, eine sog. Wohnungsluzussteuer zu erheben. Das würt. Wohnungsabgabegesetz vom 8. August/13. Dezember 1921 hat aus der Kann-Vorschrift des Reichsgesetzes eine Muss-Vorschrift gemacht: nach Art. 3 Abs. 4 dieses Gesetzes müssen alle Gemeinden, in denen Gemeinde-Wohnungsabgaben erhoben werden, zugleich Wohnungsluzussteuer erheben. Die Beschlüsse über die Erhebung dieser Steuer bedürfen der Genehmigung der Ministerien des Innern und der Finanzen. Da in Württemberg gegenwärtig und vermutlich auch künftig alle Gemeinden Wohnungsabgaben zu erheben haben, wird die Wohnungsluzussteuer für alle Gemeinden des Landes eine Zwangseinrichtung bilden. Die reichsrechtlichen Ausführungsbestimmungen lauten folgendermaßen: 1. Die aus der Wohnungsluzussteuer aufkommenden Mittel dürfen lediglich zur Förderung der Wohnungsbefähigung und der Siedlung verwendet werden. 2. Die Steuer ist nach der Zahl der steuerpflichtigen Wohnräume allein oder in Verbindung mit der Größe der Wohnfläche, nicht aber nach der Größe der Wohnfläche allein zu bemessen. Dabei sind Räume unter 10 Quadratmeter Wohnfläche steuerfrei zu lassen. 3. Steuerfrei bleiben bei einer Einzelperson mit eigenem Haushalt wenigstens 3, für 2 Personen mit gemeinschaftlichem Haushalt wenigstens 4, im übrigen mindestens soviel Wohnräume, als bei um 1 vermehrte Zahl der zum Hausstand des Wohnungsinhabers gehörigen Personen beträgt. Räume, die ausschließlich oder vorwiegend zu dienstlichen, beruflichen oder gewerblichen Zwecken benutzt werden, sind bei der Berechnung der Steuer nicht zu zählen. 4. Dienstwohnungen der Beamten, die sich innerhalb der von der Regierung bestimmten Grenzen halten, sind von der Steuer frei. 5. Mehrere Wohnungen an einem Orte sind bei der Berechnung der Steuer zusammen zu zählen. 6. Als Wohnräume gelten insbesondere nicht Flur, Gang, Vorraum, Veranda, Küche, Bad, Abort, Diele, soweit letztere nur als Durchgangstraum in Betracht kommt, sowie die Räume, die nach gesetzlichen oder polizeilichen Vorschriften nicht bewohnt werden dürfen. 7. Die Steuer darf in ihrer Gesamthöhe den Betrag nicht überschreiten, der bei gleichmäßiger Verteilung der Miete auf alle Wohnräume dem Verhältnis des Mietbetrags der besteuerten Wohnräume zur Gesamtmiere der Wohnung entspricht. 8. Auf Antrag tritt Befreiung von der Steuer ein, wenn sich bei Anwendung der Bestimmungen besondere Härten für die Steuerpflichtigen ergeben. 9. Die Wohnungen, die nach dem 1. Juli 1918 fertiggestellt sind und nicht mehr als 6 Wohnräume enthalten, bleiben von der Abgabe befreit. 10. Auf Grund anderweitig genehmigter Steuerordnungen, die von diesen Grundätzen abweichen, dürfen Wohnungsluzussteuern nur bis 1. Oktober 1922 erhoben werden. Bei der vor kurzem in Ulm abgehaltenen Tagung der Vereinerung würt. Wohnungsämter kam in einer eingehenden Erörterung, die sich an einen Vortrag des Vorstandes des Wohnungsamts Göppingen angeschlossen, als überwiegende Meinung zum Ausdruck, daß bei den engen Schranken, die ihr durch die reichsrechtlichen Vorschriften, insbesondere Biff. 3 und 7, gezogen seien, eine erhebliche finanzielle Bedeutung der Wohnungsluzussteuer in kleineren Gemeinden überhaupt ausgeschlossen und auch in größeren Städten mit Rücksicht auf die Erhebungskosten kaum zu erhoffen sei. Wie wir hören, wird sich das Ministerium des Innern, dem die weiteren Einleitungen obliegen, zunächst mit den Oberämtern, dem würt. Städtetag und Gemeindetag, der Vereinigung würt. Wohnungländer und den Organisationen der Hausbesitzer und der Mieter zur Förderung der geeigneten Formen der Durchführung ins Besondere setzen und dabei das Ziel verfolgen, das Verfahren in kleineren Gemeinden so einfach, kurz und billig wie möglich, in größeren aber wenigstens so zu gestalten, daß ein großes Mißverhältnis zwischen Erhebungsaufwand und Steueraufkommen ausgeschlossen wird. Es wird versucht werden, die würt. Ausführungsbestimmungen so zeitig zustande zu bringen, daß die Steuerveranlagung und -Erhebung spätestens am 1. April 1922 beginnen kann.

Wetterbericht für Freitag und Samstag.

Das Auftauchen neuer Luftwirbel über England bedeutet für uns zunächst kurze Aufhellung, sodann aber neue Bewölkung. Am Freitag und Samstag ist vielfach bedecktes, zeitweilig regnerisches Wetter zu erwarten.

Landtag.

(S. B.) Stuttgart, 21. Febr. Am Dienstag nachmittag nahm der Landtag seine Vorkämpfe wieder auf. Präsident Walter gab bei der ersten Sitzung dieses Jahres der Hoffnung Ausdruck, daß sich die Beratungen nicht in dem Tone wie in der letzten Sitzung des alten Jahres vollziehen werden. Dem verstorbenen Abgeordneten Conrad Hauffmann widmete er einen warmherzigen Nachruf, den das Haus stehend anhörte. Vom Bischöflichen Ordinariat ist ein Dankschreiben eingelaufen auf die Teilnahme des Landtags zum Ableben des Papstes Benedikt XV., ferner fünf Anträge auf Strafverfolgung des Abg. Schneid (Komm.) wegen Vergehen und Beleidigung und ein ablehnendes Schreiben des Reichsverkehrsministers bezüglich des Antrags des Landtags auf Freigabe der Eisenbahnen.

Rechen Kre
Kleine An
Kattung d
Wirtschaft
den Expre
bingen. di
die Juden
Wirtschaft
natur, die
u. a. Nach
kommunist
R St (Kom
(Komm.)
dieses Pa
ziale und
stischen“
Ranonensu
Vorgehen
sach einer
sonst wür
stchtigen.
sozialistis
Mit einer
alle Anfla
wurde du
unterstütz
setzung der
dem Komm
(S. B.)
tete heute
b u n g 3 p
Not an d
eine ober
elend nur
gebe auch
es sich um
Wohl und
wünsche a
treibung.
sobann bi
zurück M
grundfähig
Waffre W
genommen
babon 57
Es finde
Die Land
großen P
Stetters
Württemberg
Gerichte
Grundfähig
Minister a
wurde sob
abgelehnt.
bungen un
Straffrei bi
(Komm.)
aber nur
die Frau
ein Antra
für ihre S

Am S
heute bei de

Am Hande
Die Fir
Inhaber
Den

tlich

in Kabine
stellung W

M

A. C.
Telef

Wirk
Indu

R

Geiß,
Krieg,
sow. alle
anderen
zu den h
Jahol

...are and Rech...
...gen mindestens...
...ere Beamte und...
...ptberuf 3000 M...
...igt der Witwen...
...orbenen, minde...
...der Bestorbene...
...M (bisher 900...
...00 M).

württ. Konsum...
Bürtemberg und...
erium gerichtet...
urzeit der Vieh...
freigegeben ist...
gen Länder, die...
chränkungen für...
ung hatte diesen...
genehmigt, als...
verkehrt mit den...
De Bayern auf...
war auch Württ...

Steuern.

1921 über die Er...
baus sind die Ge...
zu erheben Das...
Dezember 1921 hat...
Bau-Vorschritt ge...
alle Gemeinden...
rd, zugleich Woh...
Erhebung dieser...
des Innern und...
eben haben, wird...
des Landes eine...
Ausführungsvoor...
Wohnungslurus...
Ordnung der Woh...
en. 2 Die Steuer...
ne allein oder in...
ht aber nach der...
sind Räume unter...
3 Steuerfrei blei...
wenigstens 3, für...
stens 4, im Abri...
ermehrte Zahl der...
Personen beträgt...
lichen, berücksich...
der Berechnung...
der Beamten, die...
Grenzen halten...
n an einem Orte...
u zählen. 6 Als...
n Pfaffen, Betande...
Durchgangsraum...
lichen oder polit...
7. Die Steuer...
schreiten, der bel...
räume dem Ver...
ume zur Gesamt...
t Befreiung von...
immungen beson...
Die Wohnungen...
nicht mehr als...
befreit. 10 Auf...
die von diesen...
nur bis 1. Ok...
n Um abgehaute...
ter kam in einer...
des Vorstand...
liegende Meinung...
e ihr durch die...
und 7, gezogen...
nungslurussteuer...
d auch in größte...
raum zu erhoffen...
Innern, dem die...
Oberämtern, oem...
ng württ. Woh...
e und der Mieter...
führung ins Be...
Bertahren in Hei...
glich, in größeren...
berhältnis zw...
geschlossenen wird...
bestimmungen so...
ogung und Er...

Klein Kraftwagenkolen. Vom Ministerlich aus werden hierauf 20
Kleine Anfragen beantwortet. Sie betreffen das Jagdrecht, die Er
stattung der Aufwendungen für Kriegswohlfahrtspflege, die Verfor
gung der staatlichen Arbeiterpensionäre, die Arbeitszeit in der Land
wirtschaft die Brennholzversorgung, die Einziehung des Notgelds,
den Expreßverkehr, die Heilstätte für tuberkulose Kinder in Lün
gingen, die Beseitigung der Schlachtenbilder aus der Gemäldegalerie,
die Zuderversorgung, die Stuttgarter Eingemeindungsfragen, die
Bischofskirche und Fleischversorgung, die Bekämpfung der Schundliter
atur, die Zwangspensionierung der über 65 Jahre alten Beamten
u. a. Nachdem sich Justizminister Volz zur Beantwortung der Großen
kommunistischen Anfrage über die Aburteilungen nach § 218 des
R St G B. (Abtreibung) bereit erklärt hat, begründete Abg. Stetter
(Komm.) in einer 2 1/2 stündigen Rede die Forderung auf Beseitigung
dieses Paragrafen. In zahllosen Beispielen beleuchtete er die so
ziale und wirtschaftliche Not der Zeit, die Gesetzgebung des „Kapita
listischen“ Systems, bei dem die proletarischen Gebärdmaschinen das
Kanonenfutter für die kapitalistische Wirtschaft liefern müßten. Das
Vorgehen der Landespolizei und der Gerichtsbehörden gleiche viel
fach einer Erpressung, der Justizminister habe kein Herz im Leibe,
sonst würde er die Begnadigungsgeluche in diesen Fällen berück
sichtigen, und das Glend überhaupt erst aufhören, wenn der
sozialistisch-kommunistische Staat nach russischem Vorbild errichtet sei.
Mit einer wahren Lammesgebild hörte das zum Teil entleerte Haus
alle Anklagen und Vorwürfe an. Die Antwort des Justizministers
wurde durch einen Vertagungsantrag, den die Linke und Rechte
unterstützten, verhindert. Um 8 Uhr wurde abgebrochen und die Fort
setzung der Aussprache auf Mittwoch vorm 10 Uhr vertagt. Außer
dem kommt der 13. Nachtrag, das Diätengesetz u. a. zur Verhandlung.

(StG) Stuttgart, 22. Febr. Justizminister Volz beantwor
tete heute die Große Anfrage der Kommunisten über den Abtrei
bungsparagrafen 218. Er gab zu, daß die wirtschaftliche
Not an der Abtreibung hervorragenden Anteil hat, nannte es aber
eine oberflächliche Betrachtung, wenn man das ganze Abtreibungs
gesend nur von wirtschaftlichen Verhältnissen aus betrachte, denn es
gebe auch viele Abtreibung ohne wirtschaftliche Not. Hier hand
ele sich um ein sittliches Problem von allergrößter Bedeutung für das
Wohl und die Gesundheit des Volkes. Die Mehrheit des Volkes
wünsche auch im neuen Strafgesetzbuch Bestimmungen gegen die Ab
treibung, wenn auch vielleicht mit Milde. Der Minister wies
sodann die Angriffe Stettens gegen die württ. Strafrechtsplege
zurück. Auch im freien Volksstaat gelte das Gesetz, seien die Urteile
grundsätzlich durchzuführen und dürfe die Gnadeninstanz nicht nach
Willkür Wohltaten erteilen. Die Abtreibungen haben furchtbar zu
genommen. 1920 wurden deswegen 277 Personen verurteilt und
davon 57 nachher begnadigt; 1921 waren es schon 796 bzw. 176.
Es finde keine förmliche Hege auf die abtreibenden Frauen statt.
Die Landespolizei werde nur in Anspruch genommen bei besonders
großen Fällen, wenn es sich um 100 und noch mehr Personen handle.
Stettens Ausführungen tragen den Stempel der Unwahrhaftigkeit,
Württemberg habe eine gut organisierte Landespolizei. Die württ.
Gerichte üben in Abtreibungsfällen eine milde Praxis. Auch die
Grundzüge bei der Gnadenpraxis in Abtreibungsfällen wies der
Minister als gerecht und mild nach. Mit den bürgerlichen Stimmen
wurde sodann die Zulassung eines Antrags der U S P. und K P.
abgelehnt, auf die Reichsregierung dahin einzuwirken, daß Abtrei
bungen unter drei Monaten, wenn durch Ärzte vorgenommen,
strafrei bleiben. Bei Fortsetzung der Aussprache trat Abg. Müller
(Komm.) dafür ein, daß die Frau gebären könne, wenn sie wolle;
aber nur der Arzt dürfe Eingriffe machen. Einweilen werde man
die Frauen mit den Verhütungsmitteln bekanntmachen. Nachdem
ein Antrag der Kommunisten, die Verurteilten zu begnadigen und
für ihre Strafen zu entschädigen, gegen die Stimmen der Linken ab

gelehnt war, trat Abg. Andre (Ztr.) mit derselben Ruhe und Sach
lichkeit wie der Justizminister den kommunistischen Rednern ent
gegen und behauptete, daß man den Justizminister als Parteimann
und Katholik angegriffen habe. Eine Gesinnungsreform müsse ein
treten, wenn gesunde Verhältnisse wieder geschaffen werden sollen.
Beim § 218 handle es sich nicht um Fragen der katholischen Moral,
sondern um solche der natürlichen Sittlichkeit. Die Bezeichnung der
Mütter als Gebärdmaschinen sei abzulehnen, denn die Mutterwürde
sei heilig. Man müsse kämpfen für die sittliche, geistige und soziale
Hebung der Familie und das Leben zu schützen, auch das Leimende.
Wenn man die Tötung des Kindes im Mutterleibe freigebe, sei der
Zerfall unausbleiblich. Die Ärzte hätten überall ein vernichtendes
Urteil über die Eingriffe gegen das leimende Leben ausgesprochen.
Morgen vormittag 9 Uhr Fortsetzung. — Schluß 12 Uhr.

(StG) Fellbach, 21. Febr. Die Auflösung des
Oberamts Cannstatt behältigt auch hier stark
die Gemüter. Nachdem die Gemeinden Rommelshausen und
Stetten sich für die Angliederung an Waiblingen entschie
den, Schönbühl und Döffingen in gemeinsamen Beire
hungen mit Fellbach sich entscheiden wollen hat der hies
ige Gemeinderat die wirtschaftlich wichtigen Vereinbarun
gen um ihre Meinungsäußerung ersucht, bevor er eine end
gültige Entscheidung trifft. Der Gewerbe- und Handels
verein kam in seiner kürzlichen Versammlung noch zu
keiner endgültigen Stellungnahme. Der landwirtschaft
liche Ortsverein hat sich für die Zuteilung nach Waib
lingen entschieden. Die Arbeiterschaft und die freien Ge
werkschaften saßen nach einem Vortrag von Gemeinderat
Fischer und von Schultheiß Brändle eine Entschlieung,
wonach die von den freien Gewerkschaften einberufene Ver
sammlung sich für die Zuteilung nach dem Oberamt
Stuttgart ausspricht. Diese Resolution wurde einstimmig
angenommen. Bemerkte sich noch, daß die Gemeinde Schan
bach-Lebenrot die Angliederung an das Oberamt Ellin
gen erstrebt.

(StG) Stuttgart, 21. Febr. In der Nacht vom Sonntag wurde
in ein Warenhaus in der Neckstraße eingebrachen. Es wurden 140
Meter Satin in verschiedenen Farben, 11 Stück Seidene und wollen
e Nummern, 12 Ueberflusen-Röcken, 10 Stück Wollschals, 15 Duzend
Damenstrümpfe, 4 Paar Herrenanmäntel, Damenhaarschmuck, Sei
fen usw. gestohlen. Es ist eine Befohnung von 1000 M. ausgeht
auf Ermittlung der Täter.

(StG) Stuttgart, 22. Febr. Die Schwäbische Vie
dergruppe von Karl Promer, die kürzlich von ihrer Ameri
kareise zurückgekehrt ist, wurde bei einem Konzertabend im Festaal der
Liederhalle herzlich begrüßt und gefeiert. Oberbürgermeister Lauten
schlager dankte der Sängerschaft (6 Damen und 6 Herren), die das
Vollstied nach Amerika getragen und zugunsten der Notleidenden
und Kinder reiche Mittel erlangt haben. Karl Promer über
reichte eine weitere Spende von 500 Dollars = 100 000 M.

(StG) Vom Bodensee 21. Febr. Die Stadt Konstanz und der
bortige Luftschiffahrtsverein beschließen, die Fluglinie Stuttgart-
Konstanz durch Gründung einer Luftlinie nach der Schweiz auszu
bauen. Ohne diesen Ausbau würde sich der Luftverkehr zwischen
Stuttgart und Konstanz nicht rentieren.

Welt-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

* Der Dollar ist wieder auf 213.75 Reichsmark ge
fallen, der Schweizer Franken entsprechend auf 41.79 M.
Die ungenügende Eierversorgung.

Nach einer Statistik des Bayer. Stat. Landesamts hat
sich der Kleinhandelspreis für Eier seit 1914 verdoppelt.

fast, seit 1913 sogar verdoppelt. Das Ei hat damit
von sämtlichen Lebensmitteln den tollsten Preisprung ge
macht. In der Vorkriegszeit waren wir mit Eiern zum
allergrößten Teil vom Ausland abhängig. Wir führten
Eier ein: im Jahre 1892 für 70,9 Millionen M., 1901 für
104,8 Millionen M. und 1913 für 193,9 Millionen M.
Nehmen wir den Preis für ein Ei mit 4 Pfg. an, so er
gibt dies beinahe 5 Milliarden Eier, die wir allein 1913
einführten. Unser größter Eierlieferant war Rußland,
das uns 1913 allein für über 80 Millionen M. Eier über
wies. Dann kam Oesterreich mit 76,5 Millionen M. Der
größte Bedarf an Eiern wurde in den Großstädten durch
die Lieferungen des Auslands befriedigt. Nun hat aber
die Eierimport heute so gut wie ganz aufgehört, aus
Gründen, die wir nicht näher erörtern brauchen. 1920
konnten wir nur 4 919 Tonnen Eier einführen, gegen
395 395 Tonnen im Jahre 1913. Das ist noch weniger als
ungefähr der siebzehnte Teil. Die Hoffnung auf ausländi
sche Eier ist heute geringer als je. An der holländischen
Grenze stellten sich kürzlich die Eier für 1 n Händler auf
23 M. pro Stück. Nach der Viehzählung vom 1. Dezember
1916 betrug der ganze Geflügelstand Deutschlands rund
65 Millionen Stück, wovon nur ein geringer Teil Eie
rproduzenten sind. Unter diesen Umständen ist an eine aus
reichende Versorgung der Bevölkerung mit Eiern vorläu
fig gar nicht zu denken.

Märkte.

(StG) Stuttgart, 21. Febr. Dem Dienstagmarkt am
hiesigen Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 121
Ochsen, 26 Bullen, 270 Jungbullen, 192 Jungkühe, 373 Kühe, 409
Kälber, 424 Schweine und 52 Schafe. 20 Kühe blieben unverkauft.
Erhöht wurden aus 1 Ztr. Lebendgewicht: Ochsen 1. Qual 1250 bis
1380, 2. Qual 920-1180, Bullen 1. Qual 1200-1300, 2. Qual
980-1100, Jungkühe 1. Qual 1320-1440, 2. Qual 1100-1200,
3. Qual 980-1090, Kühe 1. Qual 980-1100, 2. Qual 800 bis
900, 3. Qual 580-690, Kälber 1. Qual 1640-1690, 2. Qual
1480-1580, 3. Qual 1300-1450, Schweine 1. Qual 1830-1930,
2. Qual 1600-1700, 3. Qual 1380-1530 M. Verkauf des Mar
tes: bei Kälbern lebhaft, sonst mäßig belebt.

(StG) Metzingen, 21. Febr. Der Viehmarkt war nur
schwach besahren, weiß nur mit Händlervieh. Es waren zugeführt:
32 Kühe 68 Kälbinnen, 44 Kühe und 8 Kälber, zusammen 152
Stück Kühe kosteten 7000-12 000 M., Kälbinnen 9000-17 000 M.,
Kühe 3500-9000 M., je das Stück. Der Schweinemarkt war mit
5 Käufers- und 210 Milchschweinen besahren. Das Paar Käufer
schweine kostete 2700 M., Milchschweine 550-1350 M.

(StG) Heilbronn, 22. Febr. Der gestrige Vieh
markt war besahren mit etwa 463 Stück Vieh, darunter
30 Ochsen und Stiere, 309 Kühe, 80 Stück Jungvieh und
44 Zuchtstiere. Der Handel ging infolge der hohen
Preise nicht sehr lebhaft. Geleßt wurden für Schlachtvieh:
Ochsen 1300-1500 M., Kühe 900-1400 M., Zugochsen und
Stiere 1300-1450 M.; Zuchtvieh: Jungvieh 10 000 bis
14 000 M., hochtragende Kälbinnen 14 000-18 000 M., Kühe
mittlerer Güte 12 000-15 000 M., sogenannte Handelskühe
10 000-12 000 M. Verladen wurden in der Richtung Bie
tstein-Stuttgart 9 Wagen, Ragstfeld-Nierburden 24
Wagen, Hall-Craillsheim 5 Wagen, Eppingen-Karls
ruhe 10 Wagen, zusammen 48 Wagen mit etwa 390 Stück.
Dem Schweinemarkt waren zugeführt etwa 648 Milch- und
etwa 52 Trieb- und Käufer Schweine. Preis für erstere
500-700 M., letztere 900-1500 M., je das Stück.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht zu den Börsen- und
Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verteilungs
kosten in Betracht kommen. D. Scheidt.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seimann, Calw.
Druck und Verlag der A. Schönbühlerschen Buchdruckerei, Calw.

Amtsgericht Calw.

Im Handelsregister für Gesellschaften wurde heute bei der Firma M. Mumm & Co. in Calw eingetragen:
Die Gesellschaft ist aufgelöst.
Im Handelsregister für Einzelnen wurde heute eingetragen:
Die Firma M. Mumm & Co. in Calw.
Inhaber: Georg Ludwig Pfau, Kaufmann in Calw.
Den 21. Februar 1922.
Obersekretär Dürr.

Wir suchen für sofort

tüchtige Börsenmacherin
in Kabinettstellung. Nur erste Kräfte, welche auf Dauer
stellung Wert legen, wollen sich melden.

Metallwarenfabrik Nagold

G. m. b. H.

A. Schönbühlersche Buchdruckerei

Telefon-Nummer 9 Calw Lederstraße Nr. 151



Wirkungsvolle Drucksachen aller Art für
Industrie, Handel, Gewerbe und Privats.

Kaufe

Gaß-,
Küch-,
sonstige
andere
zu verkaufen.
Tagespreise
Jakob Oberhardt.

Zu kaufen gesucht:
2 gute Ziegen
sowie
3 Zentner Kartoffel
J. Maifenbacher.

Jedem der on,

die geistig mit g bei
Pann.uch einen
Damenstirn

magenommen
hat, möchte ich bitten, ihn
wieder zurückzubringen.

rau Widmann,
Umlandstraße 646.

Fräulein

oder Mädchen
malt unter 20 Jahren, das
Liebe zu 2 Kindern hat, 13
und 8 Jahre, etwas Kennt
nisse im Nähen besitzt und
mit der Köchin die Haus
arbeit verrichtet. Guter Lohn
und gute Behandlung.

Näheres durch
Frau Martha Thommel,
Hirsau,
Sanatorium Römer.

Jüngeres, fleißiges

Mädchen
für sofort oder später gesucht.
Frau Lina Fischer,
Schulstraße 11.

2-3 tüchtige

Zimmerleute
werden gesucht von
Karl Broß, Zimmermeister.

Reichsbund

der Kriegsbekämpften,
Kriegssteinerner und
Kriegerhinterbliebenen
Ortsgruppe Calw.

Samstag, den 25. ds.
Mts., abends 8 Uhr findet
in der Restauration bei
Kamerad Schenker, Weg
gerei, Lederstr. die
Monats-

Beratsammlung

statt. Tagesordnung:
1) Gedenkstunde.
2) Vortrag des Kameraden
Orat über das neue Ver
fahrensreg. Was der
Kriegsbekämpfte und
Hinterbliebene wissen soll
und muß.
3) Verschiedenes.

Der Wichtigkeit halber ist
zahlreiches Erscheinen der
Mitglieder erwünscht.
Vorj. G. Bayer.

Auch kommen einige Sachen
zur Verteilung.

Graues

Rostum-Kleid
noch neu, zu verkaufen.
Frau Priv. Sauer,
Hirsau.

Ein tüchtiger

Fuhrmann
kann sofort eintreten bei

Frische

Cablian
Pfund 8.—
Mk.

empfehlen
Pfannkuch & Co.
Fernsprecher 45

Neuweiler.

Zwei 1/2 Jahre alte gut
gezüchtete

Stiere

verkauft
Ulrich Schlecht.



Stammheim.
Ein 1/2 jähriges

Fohlen

und einen
Stier
verkauft



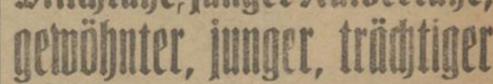
Vieh-Verkauf.

Von Freitag morgens 8 Uhr ab steht
im Ganhaus zum „Dahnen“
in Höfen

wieder ein großer frischer Transport
gutgewöhnter, junger
Milchkuhe, junger Kälberkuhe,
gewöhnter, junger, trächtiger
Kühe, sowie eine große Auswahl

gutgewöhnter,
hochträchtiger
Kälbinnen,
schöner Zug- und Bernstiere,
und Jungvieh

zum Verkauf, wozu Liebhaber freund
lichst einladen
Rudolf und Berthold
Camerader.



zum Verkauf, wozu Liebhaber freund
lichst einladen
Rudolf und Berthold
Camerader.

zum Verkauf, wozu Liebhaber freund
lichst einladen
Rudolf und Berthold
Camerader.

zum Verkauf, wozu Liebhaber freund
lichst einladen
Rudolf und Berthold
Camerader.

zum Verkauf, wozu Liebhaber freund
lichst einladen
Rudolf und Berthold
Camerader.

zum Verkauf, wozu Liebhaber freund
lichst einladen
Rudolf und Berthold
Camerader.

zum Verkauf, wozu Liebhaber freund
lichst einladen
Rudolf und Berthold
Camerader.

zum Verkauf, wozu Liebhaber freund
lichst einladen
Rudolf und Berthold
Camerader.

Kinderwagen
in großer und kleiner Ausführung

Klappsportwagen
mit und ohne Verdeck

Puppenwagen, stark gebaute Leiterwagen
verstellbare ladiert u. weiß.

Kinderstühle mit und alle Größen **Räder**
ohne Polster, Leiterwagen.
empfiehlt in schöner Auswahl billigst

Wilh. Frank,
in Calw hinter dem Rathaus
Spezialgeschäft für Korbwaren, Kinderwagen u. Korbmöbel.

Städt. Kaffee- und Speisehaus Calw.

Alkoholfrei! Guter Mittagstisch!

Das „Calwer Tagblatt“ kann jederzeit bestellt werden.

Geld

in jeder Höhe für alle Zwecke an jedermann geg. Kautionszählungen durch S. Nagl, Ravensburg, Käftleor. Für Antwort 2 Mark beilegen.

Fräulein findet gut möbliertes Zimmer. Zu erfragen in der Geschäftsstelle ds. Blattes.

Lichtspieltheater „Badischer Hof“

Heute Abend 8 Uhr
Das Mädchen aus der Ackersraße
6. Akte. I. Teil. 6. Akte.

Der II. Teil kommt am
Donnerstag, den 2. März zur Ausführung.

Wir beehren uns, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 25. Februar 1922 stattfindenden

Hochzeitsfeier

im Gasthof zum „Lamm“ in Liebenzell freundlichst einzuladen.

Karl Welte, Eckenweiler, Amalie L. pp, Liebenzell.
Kirchgang 1/2 Uhr.

Schlafzimmer
hell Eiche lackiert, wie neu, mit weißem Marmor, preiswert zu verkaufen.
Von wem, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Hochzeits-Einladung

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 25. Febr. 1922 stattfindenden

Hochzeits-Feier

in das Gasthaus zum „Löwen“ in Oberreichenbach höflichst einzuladen.

Johann Georg Broß,
Sohn des † Johann Georg Broß, Sattlermeister in Oberreichenbach

Emilie Dingler
Tochter des Eugen Dingler, Fabrikarbeiter in Calw.
Kirchgang 11 Uhr in Altburg.

Wir bitten, dies statt jeder besonderen Einladung entgegenzunehmen.

Alzenberg - Zavelstein.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 25. Februar 1922, stattfindenden

Hochzeitsfeier

in das Gasthaus zum „Rößle“ in Alzenberg freundlichst einzuladen.

Friedrich Hefelschwerdt,
Sohn des verst. Johann Georg Hefelschwerdt, Zimmermeister in Alzenberg.

Christine Maissenbacher,
Tochter des Johann Maissenbacher, Schlossermeister in Zavelstein.

Kirchgang um 12 Uhr in Altburg.

Wir bitten, dies statt jeder besonderen Einladung entgegenzunehmen zu wollen.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 25. und Sonntag, den 26. Februar 1922 stattfindenden

Hochzeitsfeier

im Gasthaus zum „Lamm“ in Speßhardt höflich einzuladen.

Wilhelm Nupps
Sohn des Jakob Nupps, Wagner in Kohlerstal.

Margarete Stahl
Tochter des Ben. a. in Stahl, an „Adler“-Wirt in Weitenhewann.

Kirchgang 1 Uhr in Altburg.

Wir bitten dies statt jeder besonderen Einladung entgegenzunehmen zu wollen.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 25. Febr. 1922 stattfindenden

Hochzeits-Feier

in das Gasthaus zum „Lamm“ in Oberkollbach freundlichst einzuladen.

Christian Kopp,
Sohn des Gottlieb Kopp, Hof Lügenhardt.

Maria Kentschler,
Tochter des Michael Kentschler, Oberkollbach.

Kirchgang 1/2 Uhr in Hirau.

Wir suchen geeignete Persönlichkeit als

Bertreter

auch im Nebenberuf. Bei selbständiger Tätigkeit werden Bezüge besonders vereinbart. Angebote an das Bezirks-Büro der „Concordia“ Ebinische Lebens-Versicherungs-Gesellschaft, Stuttgart, Lindenpflanzstraße 21.

Anzug-Serien-Tago Zirka 800

Herren-Sacco-Anzüge

aus prima Wollstoffen auf Wollserge mit bester Verarbeitung ausgestattet in den neuesten Frühjahrs- und Sommer-Mustern stellen wir zu Verkauf. Ueberzeugen Sie sich von der Reichhaltigkeit unseres Lagers durch kaufz wanglosen Besuch uns. Geschäfts-Lokalitäten

Beachten Sie bitte unsere -- Dekorationen --

Gebr. Wilhelm
Herren-, Knaben-, Sport-Bekleidung
Maß-Schneiderei * Stoff-Ausschnitt
Pforzheim, nur Westliche 29.

Die Bemüh...
mögliche...
bahnerkre...
minister...
aufgeklär...
des Strei...
ler hat d...
ordnung

Die die ita...
anhaltend...
Gen u a...
kertrifis...

Die Zusam...
Sonntag

Konflikt
u. der M...
Der wido...
Berlin,
beantun un...
minister um...
vorgefchen...
schaft entlon...
Urheberfchaf...
Reichsvertef...
mitteilen la...
eintreten kö...
mächtigten:
verkehrsmin...
verkehrsmin...
gewerkschaft...
strafrechtlich...
Biffer A d...
kann die An...
Kommission...
schaft deutf...
Verhandlung...
reits mit de...
irgendwelche...
eine Erklärung...
zeichneten...
Reichsvertef...
Der Reichs...
gen mit der...
chef berufen...
über der ge...
gen mit P...
hebrüchaft...
die deshalb...
amten selbst...
licher sein...
andere Verf...
der Kommiss...
lehrsministe...
Der Herr V...
waltungsche...
Wie d...
gewerkscha...
nachgeluch...
gleichen G...
verkehrs...
mission de...
Der deut...

Berlin,
Eisenbahn...
ner Ortsge...
den Strei...
hatten, en...
femen Ver...
gruppe wu...
men. Es...
sprengen...
glieder ni...
ner Tageb...
Deutschen...
alen Mit...
des Ortsv...